

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Sitzungsdauer	17.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Vorsitz	Cécile Mounoud, Präsidentin
Protokoll	Philipp Meier, Sekretär-Stv.
Stimmenzähler	Nadine Burtscher Rosmarie Joss Catalina Wolf-Miranda
Anwesend	32 Mitglieder
Abwesend	Erich Burri Karin Dopler Raphael Müller Roger Studer
Behördenvertreter	Stadtpräsident Otto Müller Vizepräsident Jean-Pierre Balbiani Stadtrat Roger Bachmann Stadtrat Roger Brunner Stadtrat Heinz Illi Stadtrat Rolf Schaeren Stadträtin Esther Tonini
Weibeldienst	Wm Matthias Meury Kpl Patrick Schmutz

Mitteilungen

- a)** Der Stadtrat hat die Kleine Anfrage von Martin Müller (DP) betreffend Haltestelle Limmattalbahnhof im Stadthaus am 2. November 2015 beantwortet.
- b)** Der Stadtrat hat die Kleine Anfrage von Catalina Wolf (Grüne) betreffend Umsetzung Tempo 30-Konzept am 2. November 2015 beantwortet.
- c)** Der Stadtrat hat die Kleine Anfrage von Martin Romer (FDP) betreffend Fit for Mission - Feuerwehr Dietikon am 16. November 2015 beantwortet.
- d)** Anton Felber (SVP) hat am 5. November 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Altlasten Rapidplatz eingereicht.
- e)** Beat Kunz (CVP) hat am 27. November 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Massnahmen zur Hygiene in Alters- und Pflegeheimen eingereicht.
- f)** Beat Kunz (CVP) hat am 27. November 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Wirtschaftsförderung eingereicht.
- g)** Lucas Neff (Grüne) hat am 5. November 2015 ein Postulat betreffend Verbesserung Administration Gemeinderatsbetrieb eingereicht. Das Anliegen aus dem Postulat fällt in den alleinigen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates. Weil die Zuständigkeit des Stadtrates somit nicht gegeben ist, musste das Postulat zurückgewiesen werden.
- h)** Martin Müller (DP) hat am 8. Dezember 2015 eine Interpellation betreffend Interessenbindung der Stadträte eingereicht.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

- i) Am 2. Januar 2016 findet der Neujahrsapéro in der Stadthalle statt. Traditionellerweise wird dieser durch Mitglieder des Gemeinderates unterstützt. Helferinnen und Helfer melden sich bitte bei Jörg Dätwyler, welcher die Einsätze koordinieren wird.

Protokoll

Die Protokolle der Sitzungen vom Donnerstag 5. November 2015 werden genehmigt.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

F3.08.06 Voranschläge, Budgets

Voranschlag 2016, Finanzplanung 2015-2019

Ausgangslage

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 24. August 2015 für den Voranschlag 2015 einen Aufwandüberschuss (ohne Übergangs- und individuellen Sonderlastenausgleich) in der Höhe von Fr. 10'474'400.00 genehmigt. Ende August 2015 wurde fristgerecht das Gesuch um Ausrichtung eines individuellen Sonderlastenausgleichs (ISOLA) gestellt. Gleichzeitig und für den Fall einer Ablehnung des ISOLA, wurde auch das Gesuch um Übergangsausgleich eingereicht.

Das Gemeindeamt des Kantons Zürich hat das Gesuch um ISOLA eingehend geprüft und mit Verfügung vom 30. Oktober 2015 einen provisorischen ISOLA in der Höhe von Fr. 8'948'900.00 verfügt. Dabei wurden die folgenden, nicht anrechenbaren, überdurchschnittlichen Aufwendungen in Abzug gebracht:

Standortförderung	Fr.	236'125.56
Freizeitgestaltung	Fr.	453'141.18
Energie, Übriges	Fr.	<u>107'329.80</u>
<i>Zwischentotal</i>	Fr.	<i>796'596.54</i>

Wie in den Vorjahren und im Rahmen des Übergangsausgleichs, werden auch beim Gesuch um ISOLA die folgenden Leistungen nicht abgegolten und als sogenannte "technische Korrekturen" in Abzug gebracht:

Abschreibung überbewertetes Grundeigentum (Krone)	Fr.	303'700.00
Ergebnis Betrieb Krone	Fr.	-42'600.00
Ergebnis Skilift	Fr.	1'500.00
Gemeindezuschüsse, netto	Fr.	<u>174'000.00</u>
<i>Zwischentotal</i>	Fr.	<i>436'600.00</i>

Zudem hat das Gemeindeamt weitere materielle Korrekturen in verschiedenen Bereichen in der Höhe von total Fr. 291'000.00 vorgenommen. Es sind dies:

Präsidialabteilung/Exekutive	Fr.	60'000.00
Infrastrukturabteilung/Parkanlagen und Wanderwege	Fr.	31'000.00
Finanzabteilung/Liegenschaften Finanzvermögen	Fr.	50'000.00
Sozialabteilung/Soziale Wohlfahrt Allgemeines	Fr.	50'000.00
Schulabteilung/Aushilfsentschädigungen	Fr.	50'000.00
Schulabteilung/Schulliegenschaften	Fr.	<u>50'000.00</u>
<i>Zwischentotal</i>	Fr.	<i>291'000.00</i>

Des Weiteren wurde der Staatsbeitrag an die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe um Fr. - 8'000.00 bereinigt und die Unterhaltskosten für die Abfallbehälter (Stadthaus) von Fr. 9'350.00 wurden nicht als steuerfinanzierte Leistungen angerechnet. Diese müssen in der Rechnung über die Spezialfinanzierung abgerechnet werden, was insgesamt eine technische Korrektur in der Höhe von Fr. 1'350.00 zur Folge hat.

Unter Berücksichtigung dieser Korrekturen resultiert ein ausgewiesener Überhang von Fr. 8'948'853.46. Zusammen mit einer Rundung von Fr. 46.54 ergibt sich daraus ein anerkannter Überhang und provisorisch verfügbarer ISOLA in der Höhe von Fr. 8'948'900.00.

Der provisorisch verfügte ISOLA ist in den vorliegenden Voranschlag eingeflossen. Es wird damit ein Aufwandüberschuss in der Höhe von Fr. 1'525'500.00 ausgewiesen, welcher sich wie folgt zusammensetzt:

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Nicht anrechenbare Aufwendungen Standortförderung	Fr.	236'125.56
Nicht anrechenbare Aufwendungen Energie	Fr.	107'329.80
Nicht anrechenbare Aufwendungen Freizeitgestaltung	Fr.	453'141.18
Mat. Korrektur Präsidialabteilung/Exekutive	Fr.	60'000.00
Mat. Korrektur Infrastrukturabteilung/Parkanlagen	Fr.	31'000.00
Mat. Korrektur Finanzabteilung/Liegenschaften FV	Fr.	50'000
Mat. Korrektur Sozialabteilung/Allgemeines	Fr.	50'000
Mat. Korrektur Schulabteilung/Aushilfsentschädigungen	Fr.	50'000
Mat. Korrektur Schulabteilung/Schulliegenschaften	Fr.	50'000
Technische Korrektur Abschreibung Krone	Fr.	303'700.00
Technische Korrektur Ergebnis Betrieb Krone	Fr.	-42'600.00
Technische Korrektur Ergebnis Skilift	Fr.	1'500.00
Technische Korrektur Zusatzleistungen (GZ)	Fr.	174'000.00
Technische Korrektur Abfallhaie (Spezialfinanzierung)	Fr.	9'350.00
Technische Korrektur Staatsbeitrag GWH	Fr.	-8'000.00
Rundung	Fr.	<u>46.54</u>
<i>Total / verbleibendes Defizit Voranschlag 2016</i>	Fr.	<i>1'525'500</i>

Der Voranschlag 2016 zeigt aktualisiert folgende Resultate:

A. Laufende Rechnung

Aufwand	Fr.	221'635'500
Ertrag ohne ordentliche Gemeindesteuern	Fr.	<u>159'480'000</u>
<i>Aufwandüberschuss</i>	Fr.	<i>62'155'500</i>

B. Investitionen Verwaltungsvermögen

Ausgaben	Fr.	14'081'000
Einnahmen	Fr.	<u>1'200'000</u>
<i>Nettoinvestitionen</i>	Fr.	<i>12'881'000</i>

C. Investitionen Finanzvermögen

Ausgaben	Fr.	1'080'000
Einnahmen	Fr.	<u>0</u>
<i>Nettoveränderung</i>	Fr.	<i>1'080'000</i>

D. Steuerfuss

Einfacher Gemeindesteuerertrag, netto	Fr.	47'000'000
Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	Fr.	62'155'500
Steuerertrag bei einem Steuerfuss von 129 %	Fr.	<u>60'630'000</u>
<i>Aufwandüberschuss</i>	Fr.	<i>1'525'500</i>

Das Gemeindeamt hat gleichzeitig einen provisorischen Übergangsausgleich in der Höhe von Fr. 8'595'800 verfügt. Dieser würde eine Erhöhung des Steuerfusses auf 134 % voraussetzen.

Stellungnahme der RPK

Jörg Dätwyler (SVP) erklärt, dass die Rechnungsprüfungskommission am 3. November 2015 die Beratungen vom Voranschlag 2016 aufgenommen hat. An fünf Sitzungen, vier davon Doppelsitzungen, hat die Kommission die sieben Verwaltungsabteilungen direkt vor Ort besucht. Sie haben die Abteilungsleiterinnen und -leiter wie auch Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu verschiedenen

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Aspekten ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit Aufwendungen, Erträgen und Investitionen für das kommende Jahr befragt. Selbstverständlich haben sie auch stichprobenweise Einblick in einzelne Konti genommen und kritisch hinterfragt. Die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung haben sie bei den Detailberatungen Konto für Konto durchgearbeitet. Die geplanten Aufwendungen und Erträge, aber vor allem auch die Investitionen haben sie auf die Notwendigkeit, die Dringlichkeit, die Zweckmässigkeit und die Wirtschaftlichkeit hinterfragt. Alle Fragen sind von der Ressortvorsteherin, beziehungsweise den Ressortvorständen und Ihren Abteilungsleiterinnen und -leitern kompetent und zur vollen Zufriedenheit vor der Kommission beantwortet worden.

An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an die Leiterin der Finanzabteilung, Nathalie Homberger und an Finanzvorstand Rolf Schaeren, welche sie während den Beratungen mit viel Fachkompetenz begleitet haben. Ein herzliches Dankeschön auch an Stadtpräsident Otto Müller, allen Damen und Herren Stadträte, sowie Abteilungsleiterinnen und -leiter, welche sich die Zeit genommen haben, für die Fragen Rede und Antwort zu stehen. Selbstverständlich ebenfalls ein ganz herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Dietikon, welche das ganze Jahr ihr Bestes geben, damit alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Dietikon bestens funktionieren.

Während den Beratungen haben der Umfang und das Resultat aus den angekündigten Sparvorgaben besonders interessiert. Bei den meisten Abteilungen ist der geplante Aufwandüberschuss höher als beim Voranschlag 2015 oder der Jahresrechnung 2014. Ein wirklicher Spareffekt ist beim besten Willen nicht erkennbar gewesen. Der Finanzvorstand hat erklärt, dass die Sparvorgaben nicht unbedingt im Gesamtergebnis der einzelnen Abteilungen ersichtlich sind. Tatsächlich hat man sich als erste Grundlage für den tieferen der beiden Werte entschieden. Grundsätzlich wird bei der Budgetierung aber immer von Null ausgegangen.

Nach wie vor war das ungenügende Finanzausgleichsgesetz das zentrale Thema der Budgetierung. Der Finanzvorstand ist zusammen mit anderen Gemeindevorstehern an vorderster Front dabei, Lösungen mit dem Kanton zu suchen, damit die Integrationsleistungen, welche Dietikon für den Kanton erbringt, auch anerkannt und in der Folge ohne Anbindung an den Steuerfuss abgegolten werden.

Es war zu klären, ob und welchen Ausgleich Dietikon als Ergänzung zum bestehenden Ressourcenausgleich in Anspruch nehmen will. Zur Auswahl standen der Übergangsausgleich, welcher einen Steuerfuss von 134 % vorgesehen hätte, oder der sogenannte individuelle Sonderlastenausgleich "ISOLA" mit Anbindung an einen Steuerfuss von 129 %. Weil der höhere Steuerfuss wohl kaum mehrheitsfähig gewesen wäre, hat man sich für die Variante ISOLA entschieden. Trotzdem ist auf Empfehlung des Gemeindeamtes vorsorglich für beide Varianten ein Voranschlag erstellt und eingereicht worden. Mit der Variante Individueller Sonderlastenausgleich ist der Stadtrat von 9.5 Mio. Franken Ausgleichszahlungen ausgegangen. Mit Verfügung vom 30. Oktober 2015 hat das Gemeindeamt diesen Betrag gekürzt, und schlussendlich noch rund 8.95 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Beim Übergangsausgleich wären es rund Fr. 400'000.00 weniger gewesen. Der Stadtrat sieht sich in der Folge mit seiner Entscheidung für den ISOLA bestätigt, ist aber mit dem Kürzungsentscheid des Gemeindeamtes nicht einverstanden und hat dagegen Rekurs eingereicht.

Der vorliegende Voranschlag mit einem Aufwand von 221.6 Mio. Franken und einem Ertrag von 220.1 Mio. Franken, was einem Aufwandüberschuss von rund 1.5 Mio. Franken entspricht, basiert also auf der Inanspruchnahme vom ISOLA.

Präsidialabteilung

Der Stadtpräsident hat in Begleitung der Stadtschreiberin das Budget der Präsidialabteilung mit einem Aufwand von rund 19.36 Mio. Franken und einem Ertrag von 8.2 Mio. Franken vorgestellt. Der Nettoaufwand ist im Vergleich zum Budget 2015 rund Fr. 700'000.00 und gegenüber der Jahresrechnung 2014 um Fr. 140'000.00 tiefer. Die Sparvorgabe des Stadtrates für die Präsidialabteilung belief sich auf Fr. 800'000.00. Vom Nettoaufwand in der Höhe von 11.2 Mio. Franken sind 8.1 Mio. Franken gebunden. Dass das Sparpotential nicht vollständig ausgeschöpft worden ist, hat mit strate-

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

gischen Überlegungen zu tun. Wenn man den Einwohnerinnen und Einwohnern von Dietikon schon eine sehr hohe fiskalische Belastung zumuten muss, so will man wenigstens im kulturellen Bereich einen Gegenwert weiterhin anbieten. Das Sparziel ist schlussendlich um Fr. 240'000.00 verpasst worden.

Hochbauabteilung

Die Hochbauabteilung, unter der Leitung der Vorsteherin Esther Tonini und Abteilungsleiter Peter Baumgartner, rechnet für das kommende Jahr mit Ausgaben von rund 2.5 Mio. Franken und Einnahmen von rund 1.9 Mio. Franken. Zahlreiche Aufgaben der Abteilung sind an gesetzliche Aufgaben geknüpft und lassen deshalb für Einsparungen praktisch keinen Spielraum. Im laufenden Jahr hat wieder ein Bausekretär seine Stelle angetreten. Er wird etliche Aufgaben erledigen, welche bis anhin an Auswärtige vergeben wurden. Darum hat man das Konto 3180 der Bauverwaltung um rund Fr. 100'000.00 tiefer budgetiert. Im Bereich Energie hat die Abteilung ebenfalls Einsparungen geplant. Auch diese Aufgaben sollen abteilungsintern erfüllt werden. Die Hochbauvorsteherin ist zuversichtlich, dass das Gold-Label trotzdem beibehalten werden kann. Beim Schulhaus Wolfsmatt ist eine Photovoltaikanlage geplant. Diese soll durch "Volkssponsoring" finanziert werden. Erstellt wird die Anlage aber erst, wenn genügend Sponsoren vorhanden sind.

Infrastrukturabteilung

Infrastrukturvorstand Roger Brunner und die Abteilungsleiterin Maike Sittel gehen im Budget 2016 von einem Ertrag in der Höhe von 15.4 Mio. Franken und einem Aufwand von 18.7 Mio. Franken aus. Der Aufwandüberschuss beträgt somit rund 3.3 Mio. Franken. Einsparungen von knapp Fr. 150'000.00 sind vor allem auf die Nichtbesetzung einer vakanten Stelle und auf die Reduktion des Winterdienstes zurückzuführen. Dort wird vermehrt die Zusammenarbeit mit Landwirten gesucht, um so Pickettstunden bei den Mitarbeitern zu reduzieren.

Finanzabteilung

Der Finanzvorstand geht zusammen mit der Abteilungsleiterin von Einnahmen in der Höhe von 144.2 Mio. Franken und von Ausgaben in der Höhe von 41.5 Mio. Franken aus. Dies ergibt einen Ertragsüberschuss von 102.7 Mio. Franken, was rund Fr. 600'000.00 höher ist als noch im Jahr 2014. Im kommenden Jahr wird mit Minderausgaben in der Höhe von 2.6 Mio. Franken bei den Abschreibungen, aber auch mit einem Minderertrag im Ressourcenausgleich in der Höhe von 4.3 Mio. Franken gerechnet. Das hat damit zu tun, dass die Steuerkraft in Dietikon gegenüber dem Durchschnitt des Kantons leicht gestiegen ist. Für die Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2 wird nächstes Jahr eine Projektstelle geschaffen. Dazu muss auch die Finanzapplikation abgelöst werden. Ebenfalls ist die Einführung eines neuen Lohnprogramms vorgesehen. Damit der ganze Versicherungsbereich einer Prüfung unterzogen werden kann, wird ein externes Fachbüro beigezogen. Der Stadtrat erhofft sich mit diesen Massnahmen tiefere Kosten bei den Prämien. Das Alters- und Gesundheitszentrum (AGZ), welches ebenfalls der Finanzabteilung angegliedert ist, ist gut ausgelastet. Mehrerträge durch höhere Gebühren zu generieren ist im AGZ nicht sinnvoll, weil viele der Betroffenen dann wieder mehr Zusatzleistungen beanspruchen müssten, welche in der Folge die Sozialabteilung zu tragen hätte.

Sicherheits- und Gesundheitsabteilung

Die Einnahmen der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung werden vom Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi und Abteilungsleiter Thomas Winkelmann auf rund 8.1 Mio. Franken beziffert. Der Aufwand wird rund 11 Mio. Franken betragen, was einen Aufwandüberschuss in der Höhe von knapp 3 Mio. Franken ausmacht. Gespart hat man bei den Arbeitspensen. So hat man bei der Einwohnerkontrolle auf eine Stellenaufstockung verzichtet. Mehreinnahmen erhofft man sich vor allem bei der Bewirtschaftung von Parkraum, bei Bussen und Gebühren. Auch die Eintrittspreise des Frei- und Hallenbades sollen angepasst werden.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Sozialabteilung

Mit einem deutlichen Rückgang des Aufwandüberschusses in der Höhe von rund 2.3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2015 gehen Sozialvorstand Roger Bachmann und Abteilungsleiterin Liliane Blurtschi aus. Einnahmen von 37.5 Mio. Franken stehen Ausgaben von 74.3 Mio. Franken gegenüber. Die soziale Wohlfahrt kostet die Stadt Dietikon somit immer noch gut 36.8 Mio. Franken. Bei der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe ist im laufenden Jahr ein Rückgang der Fallzahlen feststellbar. Ob sich dieser Trend fortsetzt, ist angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage sehr schwierig einzuschätzen. Die Sozialabteilung hat die Zusammenarbeit mit dem RAV intensiviert, damit Arbeitslose so früh wie möglich erfasst werden können, um rechtzeitig in den Arbeitsintegrationsprozess eingeführt zu werden. Die Kleinkinderbetreuungsbeiträge sind vom Kantonsrat per Ende September 2016 abgeschafft worden, was sich entsprechend auf das Budget auswirkt. Es muss allerdings damit gerechnet werden, dass ein Teil der Empfänger dadurch mehr Sozialhilfe in Anspruch nehmen wird. Die Abteilung geht dabei von insgesamt Fr. 300'000.00 aus.

Schulabteilung

Den weitaus grössten Kostenpunkt in Dietikon sieht das Budget der Schule vor. Bei einem Aufwand von rund 54.3 Mio. Franken und einem Ertrag von 4.8 Mio. Franken wird ein Aufwandüberschuss von 49.5 Mio. Franken erwartet. Die Steigerung gegenüber der Rechnung 2014 in der Höhe von 2.6 Mio. Franken erklärt Schulpräsident Jean-Pierre Balbiani im Beisein von Abteilungsleiter Dr. Gerold Schoch mit der Zunahme der Schülerzahlen um gut 87 Schüler. Das bedeutet fünf zusätzlichen Klassen samt den entsprechenden Lehrpersonen und dem zusätzlichen Schulraum. Die Sonderschulungen bereiten der Abteilung nach wie vor Kopfzerbrechen. Zwar steigen sie nicht mehr so stark an, aber man rechnet immer noch mit knapp Fr. 200'000.00 mehr Aufwand als im Jahr 2014. Dietikon hat 155 Sonderschülerinnen und -schüler, was 5,5 % der gesamten Schülerzahl entspricht. Die Haushaltsoptimierungen in der Schule sind vielschichtig. Nebst generellen Kürzungen pro Schuleinheit, konzentriert man sich darauf das Angebot auf das zu reduzieren, was gesetzlich vorgeschrieben ist.

Änderungsanträge der RPK

Von den Fraktionen sind zum Voranschlag 2016 insgesamt 24 Änderungsanträge eingegangen, 10 davon haben jeweils eine knappe Mehrheit in der RPK gefunden und sind in der Folge als Anträge zu Händen des Gemeinderates beschlossen worden. Diese Anträge wurden dem Gemeinderat und dem Stadtrat rechtzeitig zugestellt und werden bei der Detailberatung mündlich begründet.

Antrag der RPK

Die Rechnungsprüfungskommission stellt dem Gemeinderat den Antrag, dem Voranschlag 2016, unter Einbezug der von der RPK beschlossenen Änderungsanträge, und einem Steuerfuss von 129 % zuzustimmen.

Fraktionserklärung SVP

Jörg Dätwyler (SVP) erklärt, dass der Voranschlag 2016 für die SVP Fraktion in jeder Hinsicht unbefriedigend sei. Knapp 3.5 Mio. Franken Einsparnisse hat der Stadtrat in seiner Antwort auf die Dringliche Interpellation vom Sven Koller Anfang Oktober 2015 angekündigt. Dabei ist der Betrag in der Höhe von Fr. 220'000.00 der Gemeindegewinnen nicht einmal berücksichtigt. Dazu sind noch rund 1.7 Mio. Franken Mehrertrag aus Steuern, Bussen und Gebühren miteingerechnet, was für die SVP etwas gar unsichere Prognosen sind. Vor den Budgetberatungen hat man noch davon ausgehen können, dass sich Dietikon mit der Inanspruchnahme des individuellen Sonderlastenausgleichs der Knechtschaft des Kantons wenigstens ansatzweise entziehen könnte. Doch man ist einer völlig unberechenbaren Willkür ausgesetzt. In einem Fragenkatalog zum neuen Finanzausgleichsgesetz, herausgegeben von der Justizdirektion des Kantons Zürich, ist nachzulesen: "Die Summe aller indi-

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

viduellen Sonderlasten wird gemäss Modellrechnungen kleiner als zehn Millionen Franken sein." Gemeint ist dabei der ganze Kanton. Dietikon allein hat eine Zusage für knapp 9 Mio. Franken erhalten. Dieser Umstand macht deutlich, dass das unselige Finanzausgleichsgesetz aufgrund von völlig falschen Annahmen zustande gekommen ist. Dass der Kanton, trotz einer aus heutiger Sicht klar erkennbaren Fehleinschätzung, den Wirksamkeitsbericht des neuen Finanzausgleichsgesetzes, welches erst in zwei Jahren herauskommt, abwartet, um korrigierend einzugreifen, ist absurd. Hier ist der Kantonsrat gefordert einzugreifen.

Um auf den Finanzausgleich, das heisst ISOLA oder Übergangsausgleich, wie auch auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten, müsste das Ergebnis rund 13 Mio. Franken besser sein als im vorliegenden Budget. Um das zu erreichen, darf kein Thema mehr tabu sein. Weder die Löhne der Mitarbeitenden, der Stadträte und Gemeinderäte, noch die Arbeitszeiten und Sonderzulagen, wie vergünstigte Parkplätze, Reka-Checks, Jubiläumsgeschenke usw. Auch ein Leistungsabbau in verschiedensten Bereichen, wie zum Beispiel die Schliessung des Schwimmbades Luberzen, die Herabstufung der regionalen Bibliothek in ein kommunale, sowie Kürzungen von Beiträgen an Private im kulturellen Bereich. Der Nutzen des Energie-Labels wie auch der Nutzen des Stadtmarketings muss hinterfragt werden. Ein Blick auf die Investitionsrechnung zeigt, dass der Stadtrat mit seinen Sparbemühungen noch weit vom Punkt entfernt ist, wo er sein sollte. Warum muss eine Kirchhalde, welche ihre Aufgabe als Erholungsraum voll erfüllt, für Fr. 40'000.00 saniert werden? Warum muss eine funktionierende WC-Anlage für Fr. 300'000.00 ersetzt und erweitert werden? Dies sind nur ein paar Beispiele, es gibt sicher noch weitere Sparmöglichkeiten. Es wäre vermessen, all diese angesprochenen Punkte mit einer Hauruckübung im Rahmen des vorhandenen Budgets ändern zu wollen. Viel mehr erwartet die SVP vom Stadtrat, jetzt sofort strukturelle Anpassungen in der Verwaltung anzupacken, damit die Effizienz gesteigert und unsinnige Prozesse vermindert werden können. Kostentreibende Einrichtungen sind zu schliessen, oder auf das unbedingt Notwendige zu reduzieren. Die Zeiten eines Wunschkonzertes sind definitiv vorbei.

Die SVP Fraktion wird dem Voranschlag 2016 trotzdem mehrheitlich zustimmen.

Fraktionserklärung Grüne

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass man Sozialausgaben von 38 Mio. Franken und Schulausgaben von 49 Mio. Franken netto zulasten der Rechnung von Dietikon zu tragen sind. Ohne diese beiden Abteilungen, mit Ausgaben in der Höhe von 87 Mio. Franken netto, würde es der Stadt Dietikon prächtig gehen. Wenn etwas geändert werden muss, dann ist bei diesen 87 Mio. Franken Aufwand anzusetzen. Der Grund für die Lage ist die mangelnde Solidarität innerhalb des Kantons. Die kostenneutrale Revision des Steuergesetzes 2012/13 hat in Dietikon zu massivem Mehraufwand geführt. Bei der Schule handelt es sich um 16 Mio. Franken und bei der sozialen Wohlfahrt um rund 6 Mio. Franken.

Dietikon darf dank seiner soziodemographischen Struktur Klassen mit weniger Schülerinnen und Schülern pro Lehrer führen als die Norm dies vorgibt. Allerdings bezahlt hier der Kanton - wie bei den übrigen Lehrerlöhnen auch - nur 20 % der Kosten. Das heisst, 80 % übernehmen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das absolut unbestrittene Recht auf Bildung wird in Dietikon im Vergleich zum Rest vom Kanton zu einer Sonderlast. Reiche Gemeinden würden jetzt auf den Steuerkraftausgleich hinweisen, dass Dietikon hier einen grossen zweistelligen Millionenbetrag erhält. Dieses Instrument funktioniert tatsächlich und ist absolut solidarisch. Es wirkt allerdings auf der Einnahmenseite und nicht auf der Ausgabenseite. Dietikon hat aber aktuell ein durch die kantonale Gesetzgebung diktiertes Ausgabenproblem. Der Steuerkraftausgleich bewirkt zudem, dass der Zuzug oder Wegzug von guten Steuerzahlern für die Rechnung ziemlich bedeutungslos ist. Man hat wegen den Schul- und Sozialausgaben weiterhin ein Problem und es ist kein Ausweg in Sicht.

Es gibt im Kanton aber doch ein gewisses Verständnis. Dank der Arbeitsgruppe "Sozialkosten" erreichte man etwas. Dietikon gehört zudem nach wie vor zu den steuertiefern Gemeinden. Man ist im vorderen Drittel mit dabei.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Es ist aber nicht so, dass man sich in Dietikon nichts mehr leisten kann. Sparen ist zinsbringendes Anlegen von Geld, jedoch geht es hier in erster Linie um das Reduzieren von Ausgaben resp. um das Erhöhen von Einnahmen. Ein Budget ist ein Gesamtpaket von Ausgaben, Einnahmen, Steuerfuss und Investitionen. Diese vier Säulen sind nachhaltig zu gestalten.

Der Stadtrat zeigt sich aber nicht willig zu sparen. Die vorgelegte Aufstellung des Stadtrates ist nur Luft ablassen von Reserven. Wenn man genau hinschaut, hat sich der Stadtrat selber den Sparauftrag erteilt und gesagt, wieviel man sparen muss. Die Schule ist dabei die wichtigste Abteilung, sie ist die Zukunft. Grundsätzlich ist man aber überzeugt, dass der Schulpflege, der Schulverwaltung und der Lehrerschaft eine gute Schule wichtig ist und dass man trotz Sparprogramm einen guten Weg finden wird.

Grundsätzlich gibt es für Dietikon drei Budgetvarianten:

1. Keine Steuererhöhung, dafür ergibt sich einen Verlust von 13 Mio. Franken;
2. 5 % Steuererhöhung, dafür ergibt sich mit ISOLA nur einen Verlust von 1 Mio. Franken;
3. 10 % Steuererhöhung, dafür ergibt sich mit dem Übergangsausgleich nur einen Verlust von 0.5 Mio. Franken.

Realistisch zeigt sich nur die zweite Variante mit einer Steuerfusserhöhung von 5 % sowie der Beanspruchung des Übergangsausgleichs.

Fraktionserklärung CVP

Reto Siegrist (CVP) erklärt, dass es sich beim Budget 2016 um ein Übergangsbudget handelt. Am 11. Mai 2015 hat sich der Stadtrat nach langem hin und her durchgerungen, ambitionierte Budgetvorgaben festzusetzen. Basis dieser Budgetvorgaben waren allgemeine Zielsetzungen:

- Das Aufwandniveau ist zu senken;
- Die Aufgaben sind zu hinterfragen; ein Verzicht auf nicht gesetzliche Leistungen ist angezeigt;
- Optimierung der Ressourcen, Strukturen und Prozesse;
- Eine Überprüfung der geltenden Gebühren ist angezeigt;
- Als Ausgangswert jeder Position im Budget gilt der Wert Null, keine Fortschreibung;
- Investitionen sind bezüglich Bedarf, Finanzierung und insbesondere Realisierbarkeit genau zu prüfen.

Weiter wurde festgehalten, dass der tiefere Wert "effektiver Nettoaufwand aus Rechnung 2014 bzw. Budget 2015" als Ausgangswert für jede Abteilung gilt.

Der Sparauftrag 2016 beinhaltete Einsparungen von 3.9 Mio. Franken und für 2017 2.6 Mio. Franken, was total 6.5 Mio. Franken ergibt. Gleichzeitig wurde betreffend der Investitions- und Finanzplanung festgehalten, dass es wichtig ist, Investitionen nur zu budgetieren, wenn sie tatsächlich notwendig sind und auch realisiert werden können. Dieses Thema wurde in den vergangenen Rechnungsabnahmen jedes Mal moniert. Es darf gesagt werden, dass der Finanzvorstand klare Rahmenbedingungen erarbeitet und vorgegeben hat, an denen sich der Stadtrat sehr schwer tat - nun aber daran gemessen werden kann.

Es ist ein Otto Normalverbraucher Budget entstanden, dem grundsätzlich die Zähne gezogen sind. Die CVP hat es als "Übergangsbudget" tituliert. Es tut eigentlich niemandem weh - die guten Finanzkennzahlen bleiben erhalten (Nettoschuld pro Einwohner, Selbstfinanzierungsgrad, Kapitaldienstanteil und Eigenkapital), die Aufgaben der öffentlichen Hand werden geleistet und faktisch alle Mitarbeitenden der Verwaltung spüren keine Veränderung zu den Vorjahren.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

In der Vergangenheit hat der Stadtrat Voranschläge erstellt, die im Sinne des kantonalen Ausgleichs zu grosszügigen Aufwand- und reduzierten Ertragspositionen geführt haben. Was unter dem Strich blieb, waren Kosten in der Grössenordnung von Fr. 700'000.00, die die Stadt zulasten des Eigenkapitals abbuchte. Der Finanzausgleich beabsichtigt, dass Gemeinden ihre notwendigen Aufgaben erfüllen können. Mit dem Ressourcenausgleich wird die relative Steuerkraft auf mindestens 95 % des Kantonsmittels kompensiert. Mit dem Übergangsausgleich wird die Angewöhnungszeit an das neue Finanzausgleichsgesetz auf maximal sechs Jahre limitiert. Die andere Seite der Medaille des Finanzausgleichs ist aber, dass die Stadt den Steuerfuss sukzessive, gemäss Rahmenbedingungen des Übergangsausgleichs, anpassen muss, was ihr in der Vergangenheit einen Steuerfuss von 124 % bescherte. In dieser Zeit hat der Stadtrat leider die Gelegenheit verpasst zu prüfen, wo die finanziellen Schmerzgrenzen liegen und was Budgetdisziplin bedeutet. Es war auch nicht nötig, denn der Kanton glied die Rechnung aus. Nun hat der Stadtrat das Ruder in die Hand genommen, herumgeworfen hat er es aber nicht. Es ist keine Absicht erkennbar, etwas zu ändern.

Der Stadtrat hat nun entschieden, den temporären Übergangsausgleich (er könnte nur noch bis und mit Rechnung 2017 beansprucht werden) nicht mehr zu nutzen, sondern auf das Ausgleichsinstrument des individuellen Sonderlastenausgleichs zu setzen, wobei auch dieses Geld nur bezogen werden kann, wenn der eigene Steuerfuss im Vergleich zum durchschnittlichen Steuerfuss der Zürcher Gemeinden das 1.3fache angehoben wird (aktuell wären dies 129 %).

Somit kann die Auslegeordnung der Varianten gemacht werden:

1. Man entscheidet sich, weiterhin den Übergangsausgleich von budgetierten 8.59 Mio. Franken zu beanspruchen, den Steuerfuss auf aktuell 134 % zu erhöhen. Dies bringt zusätzlich 5 Mio. Franken in die Kasse. Der Voranschlag könnte mit einem Defizit von rund Fr. 700'000.00 verabschiedet werden.
2. Man entscheidet sich, den Sonderlastenausgleich von 8.95 Mio. Franken zu beanspruchen, den Steuerfuss auf aktuell 129 % zu erhöhen, was zusätzlich 2.5 Mio. Franken in die Kasse spült und somit den Voranschlag 2016 mit einem Defizit in der Höhe von vorliegend 1.5 Mio. Franken belastet, durchzuwinken. Bei diesem Voranschlag hat sich der Stadtrat doch zu plakativen Kürzungen durchgerungen. Plakativ, weil einige wenige Themen gestrichen wurden, die im Verhältnis zum Gesamtbudget Unschärfen darstellen. Man hätte diese auch einfach stehen lassen können.
3. Man entscheidet sich auf einen Verzicht beider Ausgleichsinstrumenten mit der Konsequenz, dass auf Basis des vorliegenden Voranschlages rund 13 Mio. Franken zulasten Eigenkapital verbucht werden, sofern nicht noch markant gespart wird. Aber wie soll eine in dieser Disziplin untrainierte Exekutive dieses Vorhaben meistern? Weil die Umsetzbarkeit nicht realistisch ist, stellt dieses Vorgehen keine Variante dar. Hinzu kommt, dass ein Verzicht wahrscheinlich ein falsches Signal gegenüber dem Kanton aussendet. Bei der Variante Übergangsausgleich und Sonderlastenausgleich kommt erschwerend hinzu, dass die zugewiesenen Ausgleichsbeträge in der Höhe von 8.59 Mio. Franken bzw. 8.95 Mio. Franken erst in Abhängigkeit des Jahresabschlusses 2016 im Frühjahr 2017 definitiv bestimmt werden. Diese Situation ist sehr stossend - speziell betreffend ISOLA.

Die CVP befürworten die Variante 2, weil sie der Stadt die Chance gibt, mit einem akzeptablen Aufwandüberschuss das Jahr finanziell durchzuführen. Andererseits kann der Stadtrat "das Sparen trainieren", wenn er im Jahr 2017 noch einmal 2.6 Mio. Franken einsparen will.

Die Investitionsrechnung 2014 hat Investitionen von Fr. 13'886'000.00 vorgesehen, effektiv investiert wurden Fr. 8'973'886.00. Die Investitionsrechnung 2015 weist Investitionen von Fr. 18'710'000.00 aus. Wahrscheinlich wird auch in diesem Jahr nur ein Bruchteil ausgegeben. Für 2016 wurde der Stadtrat bescheidener. Er plant Investitionen von Fr. 13'961'000.00, obwohl er sich einen Investitionsrahmen von 6 Mio. Franken pro Jahr für die Planperiode 2015 - 2019 exklusiv Schulhausneubau-

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

ten und Provisorien festgesetzt hat. Voranschlag und Investitionsrechnung zeigen deutlich, dass Worte und Taten noch weit auseinander liegen. Die CVP gibt deshalb dem Stadtrat nur noch das Jahr 2016 zum trainieren. Sie akzeptieren für 2017 kein Otto Normalverbraucher Budget mehr, welches definitiv keine Akzente setzt. Der Stadtrat kann nun im 2016 einerseits mit dem Kanton die Sonderlastenzahlung klären und sich andererseits für die Budgetrunde 2017 fit machen. Die Stadträte können nur gemeinsam ein zielführendes Budget 2017 erarbeiten. Aus all diesen Gründen hat die CVP entschieden, für das vorliegende Budget 2016 dem Stadtrat die alleinige Verantwortung zu überlassen und deshalb keinen Änderungsantrag zu unterstützen, auch wenn der eine oder andere Antrag zu unterstützen wäre. Ohne Steuererhöhung geht es leider nicht. Die CVP dankt der Finanzverwaltung für das professionelle Begleiten des Budgetprozesses und erwartet für die Budgetrunde 2017 einen durchtrainierten Stadtrat, der als Team auftritt.

Fraktionserklärung FDP

Martin Romer (FDP) erklärt, dass alle sparen wollen, doch nicht alle am gleichen Ort. Der Stadtrat hat in diesem Budget grundsätzlich versucht so viel wie möglich zu sparen. Es wurde in den letzten Jahren noch nie so intensiv versucht, Einsparungen umzusetzen. Es fehlt jedoch an der Vorbildwirkung. Weder der Stadtrat noch der Gemeinderat waren dazu bereit, Kürzungen bei der eigenen Besoldung und den Sitzungsgeldern zu beschliessen. Eine Kürzung um 10 % wäre angebracht. Wer so viel vom Bürger und Steuerzahler sowie den städtischen Mitarbeitenden verlangt, sollte vorbildlich voran gehen.

Der Festanlass für den neu zu wählenden Kantonsrats-Präsidenten im Mai 2016 ist mit Fr. 60'000.00 budgetiert. Diese Betragshöhe ist eine Unanständigkeit gegenüber allen Sparbemühungen. Finanzpolitisch den Sparstift ansetzen und gleichzeitig den grosszügigen Gastgeber spielen, passt nicht zusammen. Man hätte dem kantonalen Finanzdirektor Regierungsrat Stocker einen Antrag auf Kostenübernahme stellen sollen. Das eigene Sparziel ist vom Stadtrat um Fr. 500'000.00 verfehlt worden, das ist nur schwer zu akzeptieren. Eigene Zielsetzungen sollte man nicht während dem laufenden Prozess anpassen, sondern konsequent umsetzen. Trotz schönen Steuerrechnungs-Tabellen stören Aussagen wie: Eine Steuerfusserhöhung von 129 % ist gar nicht so gravierend, oder die Unternehmen kommen wegen der optimalen Verkehrsanbindung, nicht wegen dem Steuerfuss. Richtig ist sicher die Tatsache, dass niemand nach Dietikon kommt, wegen des Steuerfusses. Was die Steuerfusserhöhung von 124 % auf 129 % für ansässige Unternehmen, die so genannt "guten Steuerzahler" und den Arbeitsmarkt bedeutet, ist ungewiss und risikobehaftet, bezüglich der wirtschaftlichen Folgen und den Steuereinnahmen. Mit der Frankenstärke zusammen kann es für ein Unternehmen auch der Tropfen sein, welcher das Fass zum Überlaufen bringt. Nicht alle stecken eine Steuererhöhung von fünf Prozentpunkten so locker weg. Man muss intensiv sparen. Wenn grundsätzlich keine Mittel mehr vorhanden sind, stauen sich die Investitionen. Ziel ist es, dass Dietikon finanzpolitisch auf eigenen Beinen steht und nicht mehr vom Kanton abhängig ist. Leistungsabbau muss diskutiert werden, um zielführende Sparmassnahmen umsetzen zu können. Es ist durchaus möglich, Einsparungen zu machen und auch Eigenkapitalbeschaffungen durch Liegenschaftsverkäufe zu lancieren. Beispiele dazu sind das Gruoberhaus oder das Schulschwimmbad Luberzen. Auch wenn die Schule nach langem Fordern den zentralen Einkauf umsetzen würde, wäre auch schon viel gemacht. Die zu lösenden Probleme mit den Submissionsvorgaben zeigen betragsmässig auf, wie viel Potenzial zum Sparen auch da vorhanden ist. Es muss wieder gelernt werden zu sparen - offensichtlich hat man sich zu lange an die kantonalen Geldinjektionen gewöhnt. Was für die meisten Bürgerinnen und Bürger recht ist, sollte für uns mindestens billig sein. Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt.

Die FDP-Fraktion stimmt den RPK-Anträgen zu.

Gleichzeitig ist es trotz den Bemühungen des Stadtrats und seinem zu geringen Sparwillen nicht möglich, den Steuerfuss auf 124 % zu belassen und auf den ISOLA zu verzichten.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Die FDP-Fraktion stimmt geschlossen keinem Antrag zu, welcher eine Budget- und/oder eine zusätzliche Steuerfusserhöhung, zwecks Erlangung des Übergangsausgleichs, vorschlägt. Lediglich ein RPK-Antrag zur Investitionsrechnung wird von der FDP unterstützt.

Martin Müller (DP) erklärt, dass nachdem es ihm auch mit aufsichtsrechtlichen Massnahmen nicht gelungen ist, vollen Einblick in die Kontendetails dieses Budgets zu erhalten, füge er sich und rede ausnahmsweise, wie man es meistens den Politikern unterstellt, über Sachen, die er im Detail gar nicht so genau kennt. Auch wenn es seine eigenen Anforderungen an einen Politiker nicht erfüllt, so ist es ihm jetzt immerhin bezirksrätlich erlaubt. Der Stadtrat geht nach wie vor den Weg des geringsten Widerstandes und ist nur dort bereit, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wo er sich der Opposition sicher sein kann, wie zum Beispiel im Freizeitbereich, bei der Musikschule, bei der Bildung, bei den Gemeindegremien oder beim "Sparen durch Mehreinnahmen". Dann kann er am Ende seine Hände in Unschuld waschen und sagen: "Wir wollten ja schon sparen, aber der Gemeinderat nicht." Mit diesem Vorgehen erscheint es tatsächlich unausweichlich, den Individuellen Sonderlastenausgleich zu beanspruchen und den Steuerfuss auf 129 % anzuheben. Diesem Antrag wird Martin Müller nicht zustimmen.

Die RPK beugt sich mehrere Abende über diesen Voranschlag, kümmert sich angeblich um die Details, quetscht angeblich den Stadtrat aus und das Resultat zeigt lediglich einen Sparbeitrag in der Höhe von Fr. 18'500.00 in der Laufenden Rechnung und ein paar lächerlichen Beträgen bei der Investitionsrechnung. Man hat den Ernst der Lage nicht kapiert und richtet seinen Blick nicht einmal bis ins Jahr 2018, wo der Übergangsausgleich definitiv vom Tisch ist. Das Budget ist immer noch voller Luft. Zum Beispiel beim Konto 3180 der Legislative sollen gemäss Kommentar im ersten Budgetentwurf, lustigerweise fehlt dieser dann im zweiten Entwurf, obwohl sich an den Zahlen nichts geändert hat, Fr. 5'000.00 am Konstituierungessen und am Gemeinderatsausflug gespart werden. Man erkennt aber, dass diese Fr. 5'000.00 vom Budgetbetrag des Vorjahres abgezogen wurden. Effektiv hat man aber in der Rechnung 2014 schon nur Fr. 43'430.00 ausgewiesen, so dass bei einem Budget 2016 von Fr. 45'000.00 nicht etwa Fr. 5'000.00 weniger, sondern Fr. 1'500.00 mehr ausgegeben werden.

Er führt anhand einer PowerPoint Präsentation weitere Beispiele zu Budgetoptimierungen auf. Dazu führt er aus, dass man so durch das ganze Budget gehen könnte. Auch in anderen Abteilungen, nicht nur in der Präsidentschaft, finden sich negative Budgetbeispiele. Dafür reicht die zehnteilige Redezeit jedoch nicht.

Aufwandreduktion oder auch "sorgsamer Umgang mit den finanziellen Mitteln" sieht anders aus. Aber ohne einschneidende Massnahmen geht es nicht.

Ein Lohnabbau ist für die Betroffenen immer unangenehm. Es ist Martin Müller jedoch aufgrund seiner früheren Behördentätigkeit bekannt, was an gewissen Stellen in der Verwaltung verdient wird. Bei der Stadt verdient man gut und man hat in den vergangenen Jahren, trotz schwieriger Finanzlage, immer noch mindestens individuelle Lohnerhöhungen, oft aber auch generelle ausgerichtet. Es wäre durchaus angebracht, jetzt in dieser schwierigen Situation auch mal ein Gleich vom Personal zu erwarten, insbesondere weil es ja zusätzlich zu den eher guten Löhnen auch noch einen im Vergleich zur Privatwirtschaft recht sicheren Arbeitsplatz hat und darüber hinaus von diversen Vergünstigungen profitiert.

Im Finanzvermögen gemäss Bilanz 2014 ist Grundeigentum in der Höhe von 60 Mio. Franken enthalten sowie flüssigen Mittel von 34 Mio. Franken. Bei einem Eigenkapital von knapp 72 Mio. Franken kann man sagen, dass Dietikon nicht verarmt, wenn man eine einmalige Reduktion des Eigenkapitals um 8 Mio. Franken vornimmt. Voraussetzung dafür, dass das eine einmalige Sache bleibt ist allerdings, dass die RPK endlich seinen Job richtig macht, denn in diesem Budget ist genügend Luft.

Fraktionserklärung SP/AL

Anton Kiwic (SP) erklärt, dass die Fraktion SP/AL das Budget geschlossen ablehnt. Das passiert nicht, weil man keinen Respekt hat. Man hat gesehen, dass die Verwaltung das Optimum aus dem vorhandenen Geld herausholen wollte. Die Ablehnung begründet sich aus der Schlussfolgerung in der Fraktion: Die Stadtregierung hat keinen Plan, wohin die Stadt will. Private wollen einen Workshop "Qualität schaffen für ein Dietikon 2030" durchführen. Eigentlich wäre das Aufgabe der Stadt Dietikon. Diese Einladung wird auf breites Interesse stossen. Dietikon ist im Zentrum einer boomenden Region mit einer Unzahl von Chancen. Um diese Chancen wahrzunehmen, muss man diese identifizieren und Zeit investieren. Man weiss, dass eine Stadt nicht wie ein Unternehmen geführt werden kann, trotzdem gibt es Parallelen. Wenn eine Firma in Schwierigkeiten gerät, dann macht es keinen Sinn, alle Bereiche am Leben zu erhalten, einfach mit ein bisschen weniger Geld. Genauso fühlt sich aber dieses Budget an.

Der Stadt Dietikon fehlt eine klare Strategie, wie man diese Sackgasse verlassen kann. In der SP/AL-Fraktion war für alle klar, dass in den letzten 10 Jahren diverse Chancen verpasst wurden. Zum Beispiel verpasste man die Chance bei der Gestaltung der Kirchhalde. Der Stadtrat ist Schuld am Scheitern, weil die Bevölkerung ohne ein Konzept darüber abstimmen musste. Auch das Gebiet SLS ist eine solche verpasste Chance. Ein anfänglich gutes Projekt ist über die Zeit mit so vielen Partikularinteressen von Grundeigentümern überladen worden, dass trotz Zustimmung der Bevölkerung der Interessenverein die Weiterentwicklung verhindert. Ein Vergleich dazu ist Schlieren: In den letzten 20 Jahren hat es die Stadt Schlieren geschafft, durch klare, zielgerichtete Ideen und andauernde Kommunikation mit den Involvierten, die Stadt aus dem "Sumpf" der 70er und 80er Jahre zu ziehen. Gelungen ist dies nur, weil man eine Gesamtidee für das ganze Stadtgebiet entwickelt hat und diese Idee während der ganzen Zeit nicht aus den Augen verlor. So konnte man private Investoren und Grossgrundbesitzer dazu bewegen zu investieren und sich in einem gesteckten Rahmen zu bewegen.

Alle wissen, wie angespannt die finanzielle Lage von Dietikon ist. Die Fraktion hat entschieden, dass es nie einen optimalen Zeitpunkt gibt, um sich neu zu orientieren, ausser den Zeitpunkt, wo man mit voller Überzeugung die Sache an die Hand nimmt. Nach dem Limmattalbahnentscheid steht die Stadt quasi ohne eigene Idee da. Die Limmattalbahn bringt Chancen auf Investitionen. Doch wenn man sich der Rolle von Dietikon im Limmattal nicht bewusst ist, kann man sich die Chancen auf Investoren verbauen. Die Investoren gehen dann den Weg des geringsten Widerstandes. Man wird dann in 20 Jahren Investitionen getätigt haben, welche kein klares Muster erkennen lassen. Das wird das Resultat einer ziellosen Führung sein.

Was man vom Stadtrat für die Stadt Dietikon verlangt, ist, nach Ablehnung des Budgets, dass er zwei Budgets vorlegt. Eines mit der Beantragung auf den ISOLA und einem Steuerfuss von 129 % und eines mit den beantragten Budgetkürzungen. Man verlangt eine zusätzliche Verschuldung von einer halben bis 1.5 Mio. Franken für die Gesamtschule. Beim zweiten Budget will man einen Steuerfuss von 134 %, um den Übergangsausgleich zu beantragen und eine konsequente Umsetzung der bereits vorhandenen Projekte, die auf den Start zur Umsetzung warten.

Die SP/AL-Fraktion steht hinter einer Finanzpolitik, die bereit ist, jeweils ein paar Millionen über den Haushalt zu investieren, sofern die Ziele klar kommuniziert sind und von der breiten Bevölkerung unterstützt werden. Eine solche Finanzpolitik bedingt einen Steuerfuss von rund 130 %. Die Fraktion ist sich sicher, dass nach einer gezielten Investitionsphase ein tieferer Steuerfuss wieder möglich ist. Wenn man Dietikon mit anderen Gemeinden in der Deutschschweiz vergleicht, so sieht man, dass deren Konzepte aufgingen, denn sie versuchten nicht eine durchschnittliche Gemeinde zu sein, sondern wollten alles besser machen. Dietikon fehlt dieser Wille. Man ist sich aber sicher, dass die Dietiker Bevölkerung einen höheren Steuerfuss hinnehmen wird und sich auch verschuldet, wenn schlussendlich das Licht am Ende des Tunnels zum Vorschein kommt.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Fraktionserklärung EVP/GLP

Christiane Ilg-Lutz (EVP) erklärt, dass der EVP/GLP-Fraktion der Entscheid zum Voranschlag 2016 nicht leicht fiel. Die notwendigen Einsparungen in der Höhe von weit mehr als 10 Mio. Franken um keinen Individuellen Sonderlastenausgleich zu beantragen und den Steuerfuss nicht um 5 % erhöhen zu müssen, sind schlichtweg unrealistisch. Als RPK Mitglied konnte sie in die verschiedenen Konten der Abteilungen blicken und so den Budgetvorgang mit den daraus resultierenden Zahlen mehrheitlich nachvollziehen. Grundsätzlich sind sie mit dem Voranschlag einverstanden und werden die einzelnen Änderungsvorschläge, bzw. Kürzungen überwiegend unterstützen.

Christiane Ilg-Lutz (EVP) erklärt ihre persönliche Meinung zum Budget. Sie erachtet eine Ablehnung des Budgets als wenig zielführend. Der Nutzen daraus ist für sie nicht ersichtlich und verursache lediglich weiteren finanziellen Schaden.

Ernst Joss (AL) bemerkt, dass man normalerweise zum Budget auch den Finanzplan für die nächsten fünf Jahre erhält. Es ist wesentlich für ein Budget, dass man weiss, was in Zukunft auf einen zu kommt. Man wurde dann später informiert, dass man den Finanzplan von der Homepage herunterladen kann. Der Finanzplan sollte weiterhin mit dem Budget versandt werden, denn das gehört zusammen. Man sollte sich an diese Regelung in den nächsten Jahren halten.

In der Fraktion hat man über das Budget diskutiert. Natürlich ist in diesem Moment eine Steuererhöhung falsch, aber man weiss, dass der ISOLA an eine Steuererhöhung gekoppelt ist. Man sollte sich fragen, ob die Sparmassnahmen, so wie sie der Stadtrat vorschlägt gut sind. Nichts auszugeben wäre in dieser Situation auch falsch. Man muss sich gut überlegen, was für Sparmassnahmen man macht. Die Sparmassnahmen, welche der Stadtrat vorschlägt, sind nicht einschneidend. Kürzungen bei Sport, Jugend und Kultur stören. Das sind Kürzungen von kleinen Beträgen, welche grosse negative Auswirkungen haben. Einsparungen bei der Feuerwehr und beim Zivilschutz sind auch Einsparungen bei der Sicherheit.

Man ist auf gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, deshalb sollte man beim Personal nicht einsparen.

Rückweisungsantrag der SP/AL-Fraktion

Erst Joss (AL) erklärt, dass die AL das Budget mit der SP/AL-Fraktion ablehnt und den Antrag auf Rückweisung des Budgets stellt.

Diskussion

Sven Koller (SP) erklärt, dass die SP/AL-Fraktion Antrag auf Rückweisung des Budgets stellt und fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, wo man Geld für eine bessere Zukunft von Dietikon investieren kann und Dietikon nicht ärmer werden lässt, wie in den letzten Jahrzehnten.

Rosmarie Joss (SP) erklärt, dass man das Budget zurückweisen muss. Es kann so nicht weitergehen. Das vorgelegte Budget mit der Erhöhung des Steuerfusses um 5 % ist viel verlangt, was man dafür bekommt, ist wenig. Das ist der Bevölkerung gegenüber nicht tragbar. Die SP bzw. die AL sind grundsätzlich nicht gegen Steuerfusserhöhungen, die Leistung dafür muss aber stimmen, was in diesem Fall nicht so ist. Man hätte gerne ein Budget mit ISOLA und einem Steuerfuss von 129 % oder sogar eines mit 134 % prüfen wollen. Es ist wichtig, dass die Rückweisung angenommen wird. Wenn man solche Angelegenheiten hätte prüfen wollen, dann hätte man ein Budget bekommen, wo man in die Zukunft investiert und die Leistungen stimmen und man aus der Abwärtsspirale ausbrechen kann. Doch das hat man nicht bekommen. Der Stadtrat hat einen grossen Fehler gemacht. Man hätte auch den Steuerfuss auf 134 % erhöhen und dafür diverse Ziele für die nächsten zwei Jahre vorlegen können. Dann hätte der Gemeinderat die verschiedenen Möglichkeiten zur Prüfung gehabt. Man hofft, dass es in Zukunft besser wird mit dem Kanton. Mit einem guten Referat am Ge-

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

meindeforum hat man noch keinen einzigen Franken verdient. Man benötigt eine Strategie, wenn es schief geht. Hinter der Politik, die in Dietikon betrieben wird, kann man nicht mehr stehen. Dietikon hat etwas Besseres verdient und der Gemeinderat soll ein Zeichen setzen, dass man das auch erreichen will.

Martin Müller (DP) erklärt, dass man nicht einfach so einem Rückweisungsantrag zustimmt. Er ist auch der Meinung, dass das Budget schlecht ist. Die DP wird sich der Stimme enthalten.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass die Grünen das Anliegen der SP befürworten. Aber es ist unrealistisch. In ein paar Tagen hat Dietikon ein Not-Budget und ein Not-Budget bedeutet, dass man keine Zahlungen mehr tätigen kann. Man sollte grossmehrheitlich den Antrag ablehnen, denn das Schlimmste, was Dietikon und den Vereinen passieren könnte, wäre ein Not-Budget.

Manuel Peer (SP) erklärt, dass das Not-Budget nicht so tragisch ist. Die Stadt Zürich und der Kanton haben es schon ein paar Mal durchgespielt. Ende März 2016 wäre die Sache erledigt. Die zu investierenden Millionenbeträge bringen die Stadt weiter. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt.

Finanzvorstand Rolf Schaeren erklärt, dass der Stadtrat mit dem Budgetantrag 2016 eine ganz klare Zielsetzung verfolgt. Sie besteht aus zwei Pfeilern:

1. Pfeiler

Der Stadtrat will eine Erhöhung des Steuerfusses um 10 % vermeiden. Wenn es Gemeinderäte gibt, die eine Erhöhung um 10 % auch nicht befürworten, dann stimmen Sie dem Budget zu.

2. Pfeiler

Man benötigt die rund 9 Mio. Franken aus dem ISOLA und es wäre unverantwortlich, darauf zu verzichten. Wenn Sie auch der Meinung sind, dass Dietikon diese 9 Mio. Franken benötigt, dann ist das ebenfalls ein Grund, dem Budget zuzustimmen.

Mit diesen beiden Vorgaben war der Rest gesetzt. Es hat noch nicht gereicht, dass man eine ausgeglichene Budgetsituation erreicht. Das führte dazu, dass man in kleinen Bereichen nach Sparmöglichkeiten suchte und in einer erträglichen Masse durchführt. Jetzt ist ein Defizit von 1.5 Mio. Franken ausgewiesen. Diesen Betrag kann die Stadt verschmerzen. Bei den zuvor gehörten Voten hagelte es viel Kritik. Man sagte, der Stadtrat hat entweder zu viel oder zu wenig gespart. Es sieht so aus, dass man mit dem aktuellen Antrag die goldene Mitte gefunden hat. Man hat zur Kenntnis genommen, dass die Mehrheit der RPK eine Reihe von Kürzungsanträgen gestellt hat. Der Stadtrat konnte sich letzten Montag mit diesen Anträgen auseinandersetzen. Man kam zum Schluss, dass diese Anträge verkraftbar sind. Dem Gemeinderat ist nun freigestellt, ob er noch weitere Kürzungen beantragen will. Die Zielsetzung der Stadt Dietikon ist aber, dass Dietikon heute ein Budget und einen Steuerfuss bekommt.

Man soll den Rückweisungsantrag ablehnen, denn dieser würde einen Scherbenhaufen auslösen, weil Dietikon ohne Budget dastehen würde.

Sven Koller (SP) vergleicht Dietikon mit einem alten Haus, welches in einem gut erschlossenen Gebiet liegt. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten: Man kann sparen und die Liegenschaft verlottern lassen oder man kann investieren für eine langfristige Perspektive, denn das Haus "Dietikon" wirkt attraktiver und zieht Mieter an. Bei den Häusern hat man das befürwortet, doch bei der Stadt Dietikon nicht. Wo ist die Weitsicht? Die SP/AL befürwortet einen besseren Mix. Man muss gezielt und sinnvoll investieren aber genau so auch sparen. Die Frage ist, was will man? Wie kann man das erzielen ohne einen höheren Steuerfuss?

Stephan Wittwer (SVP) erklärt, dass er so etwas schon lange nicht mehr gehört hat. Man merkt bei Sven Koller gut, dass er das Geld nicht selber verdienen muss. Er versteht Nichts von Investitionen. Ein Investor renoviert ein Haus, damit er später einen guten neuen Mieter anlocken kann. Die Rech-

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

nung aber geht nicht auf, wenn man im neuen Haus keinen neuen Mieter wohnen lassen will, sondern einen Hausbesetzer. Dieser bezahlt keine Miete.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

Mit 21 Nein-Stimmen zu 9 Ja-Stimmen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Eintretensdebatte.

Präsidialabteilung

Änderungsanträge der RPK

RPK-Präsident Jörg Dätwyler stellt folgende Änderungsanträge:

Beim Konto-Nr. 11010.3180, Dienstleistungen Dritter, Gemeinderatsausflug, sei der Betrag in der Höhe von Fr. 10'000.00 zu streichen.

Beim Konto-Nr. 11030.3100, Wahlen und Abstimmungen, Büromaterial, Easy-Vote sei der Betrag in der Höhe von Fr. 8'500.00 wieder ins Budget aufzunehmen.

Beim Konto-Nr. 11030.3180, Wahlen und Abstimmungen, Dienstleistung Dritter, sei der Betrag in der Höhe von Fr. 8'500.00 zu streichen.

Diskussion

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungen über die Änderungsanträge

Der Antrag der RPK betreffend Streichung des Gemeinderatsausfluges wird mit 19 Ja-Stimmen zu 10-Nein-Stimmen angenommen.

Der Antrag der RPK betreffend Easy-Vote wird mit 23 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen angenommen.

Der Antrag der RPK betreffend Wahlen und Abstimmungen, Dienstleistung Dritter, wird mit 18 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen angenommen.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Änderungsanträge von Martin Müller

Martin Müller (DP) stellt folgende Änderungsanträge:

1. Es wird beantragt, dass bei den Konten-Nr. 3000 und 3020, Behörden und Kommissionen, Löhne der Lehrkräfte, Kürzungen um 7 % vorgenommen werden. Dies führt zu Minderausgaben von 2.67 Mio. Franken. In der Folge sinken die Aufwendungen für Sozialleistungen um ca. eine halbe Mio. Franken.
2. Beim Konto-Nr. 11610.3180, Dienstleistung Dritter, seien Fr. 19'000.00 Jahresbeitrag für die regionale Projektschau Limmattal zu streichen.

Diskussion

Stadtpräsident Otto Müller führt zu den Anträgen von Martin Müller aus, dass bei einer Zustimmung zur Kürzung der Behördenentschädigungen die Personalverordnung zu ändern ist. Das wäre ein Geschäft, das der Stadtrat zu behandeln hätte.

Die Löhne des Personals sollen gemäss Antrag um 7 % gekürzt werden. Das kann man machen, aber auch eine Gemeinde muss marktgerechte Löhne zahlen. Vor vier Jahren hat man Vergleiche mit dem Bund, dem Kanton und der Wirtschaft gemacht. Der Kanton bzw. die Stadt Zürich entschädigen höher. Eine Lohnreduktion um 7 % bei allen Lohnbändern wäre ein zu grosser Einschnitt. Mit einer Lohnreduktion wird es vor allem auch schwierig bei der Rekrutierung von Personal in den Führungspositionen. Es kann auch zu Kündigungen führen, denn vermutlich werden nicht alle Personen diese Kürzung hinnehmen. Kündigungen würden die Stadt Dietikon dann teuer zu stehen kommen. Man verliert so auch Know-how. Durchschnittlich kostet eine Neurekrutierung zwischen einem halben bis zu einem ganzen Jahreslohn bei Führungspositionen. Die vermeintliche Ersparnis ist sehr schwierig zu quantifizieren. Wenn man die Reduktion vornimmt, müsste man 450 Mitarbeitenden auf April 2016 kündigen.

Der Verein Regionalschau Limmattal hat nichts mit der Limmattalbahn zu tun oder mit Wachstumskritik. Dieser Verein will Qualitäten schaffen und die Region fördern. So etwas ist neu in der Schweiz, in Deutschland gibt es solche Vereine schon länger. Umgesetzt werden konkrete Projekte aus dem Agglo-Park. Es geht um die Aufwertung des Limmatraums. Dazu gehören Kultur, Freizeit, Sport sowie auch Infrastruktur. Ein Beispiel zur Steigerung der Infrastruktur ist der Honeretunnel, der beim Bund beschleunigt werden soll. Nicht nur Städte aus dem Kanton Zürich, sondern auch aus dem Kanton Aargau gehören zum Verein. Bis 2019 stehen 2.2 Mio. Franken zur Verfügung zur Umsetzung dieser Projekte. Dieser Verein ist befristet auf zehn Jahre. In fünf Jahren will man eine Wirksamkeitsprüfung durchführen. Wenn man die Ziele nicht erreicht hat, muss man über die Bücher gehen. Der Ansatz ist sehr innovativ, was das Limmattal auch benötigt. Der Stadtrat sieht das als grosse Chance an. Die Kosten belaufen sich auf Fr. 0.50 pro Einwohnerin und Einwohner.

Martin Müller (DP) erklärt, dass es verständlich ist, dass Gewerkschaften nicht hinter dem Lohnabbau stehen können. Es wird befürchtet, dass das Personal kündigen wird, wenn die Lohnkürzungen eintreffen. Was sagt das über die Loyalität der Mitarbeiter aus und was für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in den letzten Jahren eingestellt? In der Onlineausgabe in der Limmattaler Zeitung steht als Begründung zum Verein Projektschau, dass man der Wachstumsskepsis etwas entgegenzusetzen muss. Das ist ein Gegensatz zur vorherigen Aussage des Stadtpräsidenten.

Manuel Peer (SP) geht auf die Aussagen zur Loyalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Dietikon ein. Wenn man will, dass man leistungsfähiges Personal hat, dann zahlt man nicht überhöhte, sondern angemessene Löhne. Die Reduktion von 7 % ist unanständig und macht keinen Sinn. Man soll die Lohnreduktion ablehnen.

23. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Stadtpräsident Otto Müller ergänzt, dass der Stadtrat der Projektschau zugestimmt hat. Wenn man die Streichung annimmt, dann ist das ein Auftrag an den Stadtrat, den Vertrag zu kündigen. Das wäre frühestens auf den Januar 2017 möglich. Diese Frage ist nicht budgetrelevant.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über die Änderungsanträge von Martin Müller

Der Änderungsantrag von Martin Müller (DP) betreffend die Lohnreduktion wird mit 29-Nein-Stimmen zu 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Der Änderungsantrag von Martin Müller (DP) betreffend die Streichung der Kosten für die regionale Projektschau wird mit 28 Nein-Stimmen zu 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Beratung des Voranschlages 2016 wird anlässlich der 2. Sitzung vom 10. Dezember 2015 weitergeführt.

GEMEINDERAT DIETIKON

Cécile Mounoud
Präsidentin

Philipp Meier
Sekretär-Stv.

Nadine Burtscher
Stimmzählerin

Rosmarie Joss
Stimmzählerin

Beat Hess
Stimmzähler